

MIS - ZAIG

14001

14001

Meldungen der Operativgruppe des MFS in Prag

HA vom 11.12.88

Am 10. 12. 1988, ab 14.30 Uhr war in Prag 3 auf dem Platz Skroupovo namesti ein starker Zulauf von Personen zu verzeichnen, die zum überwiegenden Teil mit der Metro erschienen. In kurzer Zeit waren 1 000 Personen versammelt.

3 Personen mit schwarzen Baskenmützen verteilten am Metroausgang Schriften, in denen eine Reduzierung der Streitkräfte der CSSR um 3 % und mehr Urlaub für Soldaten im Grundwehrdienst gefordert wird. Diese Schriften mit Namen und Unterschrift sollen bis 28. 2. 1989 an die Föderative Versammlung der CSSR in Prag geschickt werden.

Bis 15.00 Uhr hatten sich ca. 6 000 Personen aller Altersgruppen auf dem Platz und in den Nebenstraßen versammelt. Eine Person sprach mit Megaphon und wurde mehrmals durch Beifall unterbrochen. Mehrere junge Personen sammelten auf Listen Unterschriften. Verschiedene westliche Kamerateams befanden sich auf dem Platz, u.a. ARD.

Die genehmigte Kundgebung fand von 15.00 bis 16.10 Uhr ohne Vorkommisse und Zwischenfälle statt. Es sprachen 10 Personen, u.a. die gegenwärtige Sprecherin der "Charta 77" SABATOVA. Der Inhalt der Reden waren Forderungen an die CSSR-Regierung über Vereinigung von Kräften ohne Verfolgung, über Redefreiheit, Vereinigungsfreiheit, Glaubensfreiheit und demokratischen Sozialismus.

Zu Beginn und zum Abschluß der Kundgebung wurde von den Personen auf dem Platz die Nationalhymne der CSSR gesungen.

BSCU
000001

Vereinzelte waren Transparente mit folgenden Texten sichtbar:

"Europa frei von politischen Gefangenen"

"Freiheit"

"Unabhängige Gruppe zur Entmilitarisierung der Gesellschaft"

"Initiative für demokratische Gesellschaft".

Der letzte Sprecher verlas eine Deklaration mit sinngemäßem Inhalt:

Forderung an die Regierung der CSSR für Glaubensfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Verbreitung von Deklarationen in der Öffentlichkeit, vor allem vor Studenten in den Universitäten, Genehmigung weiterer derartiger Treffen.

Der Sprecher forderte nach Beendigung der genehmigten Demonstration die Teilnehmer auf, friedlich zu bleiben und ruhig nach Hause zu gehen.

Es kam zu keinen Vorkommnissen und die Demonstration löste sich auf.

Auf dem Wenzelsplatz kam es zu keinerlei Aktivitäten.

Weiterhin teilte die Operativgruppe des MfS in Prag mit, daß am 10. 12. 1988, 19.35 Uhr im Fernsehen der CSSR bekanntgegeben wurde, daß am gleichen Tag im Kulturpalast des Fucikparks der Ausschuß "Tschechoslowakische Öffentlichkeit für Menschenrechte und humanitäre Zusammenarbeit" ins Leben gerufen wurde.

Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde Prof. Dr. DIENSTBIER und zum Stellvertreter Josef MECER gewählt.

Die Abteilung X wurde fortlaufend informiert.

Verteiler

Generalleutnant MITTIG

Generalleutnant NEIBER

Generalleutnant SCHWANITZ

Generalleutnant IRMLER

Generalmajor CARLSOHN

Leiter der Hauptabteilung VI

BStU

000002

Prag erlaubt erstmals Menschenrechts-Kundgebung

Angekündigte Streichung des Straftatbestands „Republikflucht“ könnte Probleme mit der DDR schaffen

Von Michael Frank

Prag, 11. Dezember - Trotz der fortdauernden tiefen Unsicherheit von Partei und Regierung in Prag deuten sich für die Tschechoslowakei einschneidende Reformmaßnahmen an. Anlässlich des Jubiläums der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen gestatteten die Prager Behörden - neben offiziellen Veranstaltungen - am Samstag erstmals überhaupt eine Kundgebung der Menschenrechtsorganisationen in der ČSSR. Auf einem parteioffiziellen Forum wurden zugleich zahlreiche Rechtsbestimmungen des Landes für „veraltet und dringend anpassungsbedürftig“ erklärt.

Auf diesem „Forum zur Wahrung der Bürgerrechte und der humanitären Hilfe“ wurde als einschneidendste Maßnahme die Aufhebung des Straftatbestandes „Republikflucht“ angekündigt. Sollte Professor Josef Melc, der diese Ankündigung machte, damit recht behalten, so würde sich damit ein entscheidendes Tor zur

Liberalisierung öffnen. Melc gilt als der heute führende Rechtswissenschaftler der ČSSR. Außer der der DDR, ist es die Grenztruppe der ČSSR, die bislang am härtesten mit Flüchtlingen verfährt. Für den Versuch, illegal das Land zu verlassen, werden noch immer beträchtliche Strafen ausgesprochen. Zwischenfälle und Grenzverletzungen kamen besonders an der Grenze zu Österreich, aber auch zu Bayern in den letzten Jahren immer wieder vor. Andererseits ist ein entscheidender Schritt bereits gemacht: Die ČSSR wird 1989 eine Art Rechtsanspruch ihrer Bürger auf Westreisen schaffen.

Die angekündigte Streichung des Straftatbestandes „Republikflucht“ - wie schon einmal 1987 im Vorfeld des „Prager Frühlings“ - brächte allerdings möglicherweise Verwicklungen mit der Regierung der DDR, sofern diese bei ihren rigorosen Ausreisepflichten bleibt. Denn einerseits ist die ČSSR das Land, dessen Behörden eigene und besonders Bürger der DDR rigoros am „illegalen“ Überwechseln in den Westen hindert. Andererseits ist die Tschechoslowakei Reiseziel von Hunderttausenden von DDR-Bürgern, da Böhmen, Mähren, die Slowakei und besonders Prag als gleichsam letztes, zugleich erschwingliches und auch ohne größere behördliche Hemmnisse erreichbares Ferienrefugium übriggeblieben sind.

Rechtswundler fragen sich nun, ob die ČSSR künftig, wenn sie ihre Rechtsgrundlagen rigoros liberalisiert hätte, noch bereit wäre, stellvertretend für ein „Bruderland“ Strafvorschriften mit gleicher Härte weiterzuverfolgen, die es im eigenen Lande nicht mehr gäbe. Das heißt: Was tut die

tschechoslowakische Justiz, wenn sich dann DDR-Bürger gleichsam in ihren Schutz begäben mit der Begründung, sie hätten zu Hause mit Verfolgung wegen Republikflucht zu rechnen? Wie es scheint - und so hoffen auch Bürgerrechtsgruppen -, wird man sich in Prag nicht wie bisher allen Wünschen Ostberlins in dieser Sache beugen wollen. Auf der Veranstaltung in Prag wurde jedenfalls eine offizielle Kommission eingerichtet, die Änderungsvorschläge für alles das ausarbeiten soll, was im „tschechoslowakischen Recht veraltet“ sei.

Dazu, so kündigte Professor Melc an, müsse auch das Petitionsrecht gehören sowie eine Neudefinition der „Freiheit des Wortes“. Diese Rechte müßten dann auch kontrolliert und vor „bürokratischer Verdrehung“ bewahrt werden. Neben zahlreichen belanglosen Beiträgen erhärtete Professor Zdenek, ein weitbekannter Augenspezialist, das Vorhergesagte: Die Behörden hätten durch Nichteinhaltung der Bürgerrechte „die Bevölkerung unter schweren Druck gesetzt und dem Staat hohen materiellen Schaden zugefügt“. Zum Beispiel gebe es namhafte Wissenschaftler, die an ihrer „Arbeit nur deshalb gehindert würden, weil sie vor 20 Jahren andere politische Meinungen vertreten haben“, als die heute genehmen. Ein anderer, recht junger Redner, prangerte Zwangsmitgliedschaften in den Gewerkschaften an und beschuldigte die Behörden, den jungen Leuten im Grunde die freie Berufswahl vorzuenthalten. Alkoholismus und Drogenmißbrauch seien die Folgen.

Vertretern von Menschenrechtsorgani-

sationen wurde der Zutritt zu diesem offiziellen Forum verwehrt. Dafür hielten diese im dritten Prager Gemeindebezirk - der erste wurde ihnen behördlich untersagt - eine Kundgebung ab, an der unterschiedlichen Schätzungen nach zwischen 5000 und 12 000 Menschen teilgenommen haben. Den Wenzelsplatz im Zentrum hatte die Polizei abgeriegelt, um jede Demonstration zu verhindern. Spruchbänder und Redner verlangten, die ČSSR-Regierung müsse endlich alle in der Verfassung verbrieften Rechte achten. Alle politischen Häftlinge seien freizulassen. Man forderte freie Wahlen und die drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben. „Svoboda“ (Freiheit) und der Name des bürgerlichen Staatsgründers der Tschechoslowakei, Tomas Masaryk, waren die Hauptparolen der Versammlung. Die Redner Vaclav Havel und Rudolf Battek, die beide nach der Niederschlagung des Prager Frühlings für mehrere Jahre eingesperrt worden waren, wurden von der Menge demonstrativ gefeiert. Die Polizei hielt sich zurück und trat auch optisch ganz gegen Prager Übung kaum in Erscheinung.

Am Sonntag fand im mährischen Olmütz eine Großkundgebung von Christen gegen das drakonische Kirchengesetz der ČSSR statt. Die Nachricht, auch der Prager Primas Kardinal Tomasek werde daran teilnehmen, bestätigte sich zunächst nicht. Die ČSSR-Regierung hält sich heute in Kirchenfragen immer noch an die Regionalteilung Maria Theresias: Obwohl politisch ohne jeden Belang, gibt es noch eine mährische Kirchenprovinz, in der offizielles Auftreten böhmischen Kirchenvertretern untersagt ist.

ichtung Rom

teilt / Erfolg für Magnago

Der Oppositionsführer Benediktter forderte indessen rundheraus „die Abschaffung“ der umstrittenen neuen Vollmachten für die römische Regierung auf dem Weg über eine Verfassungsänderung. Magnago und seine Freunde nannten dieses Ziel unrealistisch, da es nicht zu erreichen sei. Die endgültige Bereinigung im Südtirol-Streit würde nur in gefährlicher Weise weiter hinausgezögert. Rom betreibe zwar eine „neozentralistische Politik“, habe sich jedoch im Frühjahr 1988 zu Kompromißlösungen bereit erklärt, die durch eine aussichtslose Politik des Alles oder nichts bloß gefährdet würden. Bei der Abstimmung über einen Abänderungsan-

Nobelpreise in Oslo und Stockholm verliehen

UNO-Generalsekretär erhält Auszeichnung für Friedensstruppe / Drei Deutsche geehrt

Stockholm/Oslo (AP) - In Stockholm und Oslo sind am Samstag feierlich die dies-

setzt worden. Zur Zeit verrichteten 10 000 Soldaten ihren Dienst. Mehr als 700 Men-

Hughes-Medical-Institut in Dallas im US-Staat Texas.

BStU
000003

Der
Heihe, im I
bullig und
Graf Nikola
mehr ganz
Maler port
sei dahinge
historischer
auch nicht
Jahrhunder
nerationen
Seite des H
penbild in
schen Schu
Symbol nati
nen Schwäc
sige Genera
laus I., bär
Stuhl zurück
Soldaten, vo
che Phalan
reduziert, u
Tisches die
zeichnungsk
schaft vor il
ten - Tusch
Das Orig
Aihui (Aigu
am 28. Mai
te Vertrag u
sischen Ges
kommen, m
ren“ im We
nialmächter
600 000 Qua
nördlich de
Jahre späte
Grenzverhä
mit dem Za
gleichen Ve
zur Besicht
am 8. Augu
Drachen-Fl
Tunneln ein

per Tausch Ad.
Wenker
blitz

BSU
000004

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351

Eingang: : : 15

<input checked="" type="checkbox"/>	Gen. Minister	
<input type="checkbox"/>	Generaloberst Mittag	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Grobmann	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Neider	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwanitz	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Rümmler	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel	
<input type="checkbox"/>	Oberst Devaux	<input checked="" type="checkbox"/> HA II
<input type="checkbox"/>	Oberst Tauchert	<input checked="" type="checkbox"/> Abt. X
<input checked="" type="checkbox"/>	ZAIG	<input checked="" type="checkbox"/> ZOS

ct 203/88 .ausf.

Polst
gen. vott
gen. sieber, zk-iv
gen. burkert, schutz
gen. schwiesau, bl

10.12. fand zwischen 15.00 und 16.15 uhr auf dem skroupovplatz eine von illegalen gruppen organisierte kundgebung statt, an der ca. 5 bis 6.000 personen teilnahmen. es traten nacheinander sprecher einzelner gruppen auf mit menschenrechtsforderungen. starken beifall erhielt sprecherin der chartisten sabotova. inhalt einzelner reden konnten nur unmittelbar an podium versammelte verstehen, da sprecher nur moeglichkeit hatten ueber handlautsprecher zu reden. platz war auf grundlage einer entsprechenden entscheidung csl. fuehrung durch stadtbezirkernationalausschusz prag 3 genannten gruppen zugewiesen worden. csl. fuehrung verfolgt damit absicht, demonstranten aus zentrum wegzubringen. haelt es fuer besser, ihnen nach dem hayd-park-prinzip an einem abgelegenen platz moeglichkeiten von auftritten zu geben. sieht das als guentiger an als groszeinsatz von sicherheitskraefte fuer verhuinderung von demonstrationen im stadtzentrum. genannte kundgebung wurde entsprechend observiert und durch verstaerkte streifen (doppelposten) abgesichert. im zentrum fanden keine veranstaltungen statt.

ziebart
10.12.

BSIU
90005

Dubcek - Rd
au phicker

Parteilichung Österreich auf Zuerück-
drängung des Südkurses der Opposition

BSTU

000006

✓

1949 Die Führung der KPÖ hat sich davon aus-
gesagt, es notwendig ist, im Zusammenhang
mit der Umgestaltung der österreichischen
Politik zu verfahren, um das Wesen der
Sog. Österreich zu machen u. das Ein-
dringen Österreichischer Elemente fe-
darben zu lassen zu verhindern. Die
Schärfst wie, daß sie die neue Zus.-hang von
Westen, besonders von den westl. Mächten
weilten, wie nahe Punkt auf die
USSR gegenüber nicht u. daß die Oppo-
sition ^(die Funktion) - die marxistische Unterdrückung
durch die Westen - ihre Parteilichkeit
von Westen nicht. Durch Unterdrückung
von Westen die verschiedensten Proklamir-
tionen, um die die westlichen
Mächten weiterzugehen, über die sie
dann in die USSR zurückzuführen.
Es geht dabei um die Berücksichtigung
des Denkens und den Ziel der Destabi-
lisierung von Staat u. Gesellschaft.

[Die Proleten nehmen antiaustriale
Politik bei ihrem USSR-Funktionären
Mit Unterstützung ~~zu~~ mit der Opposit.
Zwecken - auch mit Kommunisten
Tomasch - auf. Es wird ein-
geschätzt, daß die Krise der Opposit.

BSIU

000007

DER TAGES SPIEGEL

in New York

Chance vertan zu haben. Wiesenthal bedauerte dagegen den Rücktritt und meinte, Jennings Rede sei völlig mißverstanden worden.

In Birmingham im US-Staat Alabama fügte Wiesenthal hinzu: „Ich kenne den Mann. Es ist eine große Tragödie.“ Jennings sei „ein Freund der Juden und ein Freund Israels“. Galinski kritisierte demgegenüber vor allem, daß der Bundestagspräsident nach seinem Rücktritt noch davon gesprochen habe, daß man „bestimmte Dinge nicht beim Namen nennen“ dürfe. Jennings sei im übrigen ein Opfer seiner eigenen Überforderung und Unfähigkeit geworden. „Die ganze Rede war, von einigen Passagen abgesehen, ein Fehlschlag“, erklärte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, der sich in der ARD erstmals umfassend zu der Rede des Bundestagspräsidenten äußerte.

Es habe ihn sehr viel Überwindung gekostet, nicht den Saal zu verlassen, aber er habe nicht die Gedenkstätte stören wollen, sagte Galinski. Er spreche nicht als Vorsitzender des Zentralrates, sondern „als ein Mensch, der in Auschwitz war, die ganze Tragödie dort gesehen hat“. Der Präsident des Deutschen Bundestages habe eine Tagesordnung verlesen, ohne ein Mitgefühl, ohne jede innere Anteilnahme.

Jüdische Gedenkstätten geschändet

Wiesbaden/Bad Buchau (dpa). Offensichtlich Neonazis haben in Wiesbaden und in Bad Buchau im baden-württembergischen Kreis Biberach jüdische Gedenkstätten geschändet.

In Wiesbaden entfernten die Täter in der Nacht zum Montag von einer Gedenkstätte zur Erinnerung an die ehemalige jüdische Synagoge zwei der dort niedergelegten Kränze, beschmierten die Kranzschleifen mit Kot und steckten sie in Brand. Nach Angaben der Polizei wurden Hakenkreuze an die Gedenkmauer gemalt und in geparkte Autos geritzt. In Wiesbaden hat es in letzter Zeit wiederholt Aktionen aus der rechtsradikalen Szene mit ähnlicheren neonazistischer Parolen und Handlungen gegeben.

Auf dem jüdischen Friedhof in Bad Buchau wurden in der Nacht zum Sonntag 17 Grabsteine umgeworfen, einige zerschlagen und die meisten von ihnen aus den Fundamenten gerissen. Die Täter besprühten drei Steine mit Hakenkreuzen und SS-Runen. Am Eingangstor des Friedhofs klebte ein Zettel mit Naziparolen.

on ist unfehlbar“

denkfeier zum Volkstrauertag in Bonn

Hochmut, unfehlbar zu sein. Wachsamkeit statt Überheblichkeit ist notwendig, Bescheidenheit statt Hochmut.“

Die Entschlossenheit zu einer besseren Zukunft ohne Krieg schuldeten wir den Millionen Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft, betonte Frau Höhler. „Die Sehnsucht nach dem Guten“ reiche aber als Impuls für eine Welt in Frieden und Freiheit nicht aus. „Frieden zu halten, fordert unseren Geist und unser Ethos; der Friede wird nicht in den Köpfen allein gemacht; er ist auch eine Sache des Herzens. Friedenssicherung ist daher folgerichtig die Sicherung des höchsten Gutes: der Menschwürde“.

Feierstunde in der Deutschen Oper

Berlin (dpa). Auf der Feierstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Berlin sagte der FDP-Bundestagsabgeordnete Hoppe am Sonntag in der Deutschen Oper, die Trauer

NATO-Oberbefehlshaber warnt vor Illusionen über Gorbatschow-Politik

Parlamentarier der Nordatlantischen Versammlung tagen in Hamburg

Hamburg (dpa). Vor Fehlurteilen, Euphorie und Illusionen über die sowjetische Reformpolitik hat gestern in Hamburg der NATO-Oberbefehlshaber, General Galvin, gewarnt. Der Westen müsse mit „weit offenen Augen“ und „ohne Wunschdenken“ in die künftigen Gespräche über konventionelle Abrüstung zwischen Warschauer Pakt und NATO gehen, sagte Galvin vor dem Militärausschuß der in Hamburg tagenden Nordatlantischen Versammlung. Über das Mandat für die Verhandlungen, die spätestens Anfang kommenden Jahres beginnen sollen, verhandeln Ost und West zur Zeit noch in Wien.

Trotz entsprechender Ankündigungen durch die sowjetische Führung habe die UdSSR bisher ihr Militärpotential nicht verringert, erklärte Galvin. Außerdem sei die sowjetische Waffenproduktion auf dem gleichen Niveau wie 1985, als Staats- und Parteichef Gorbatschow an die Macht gekommen sei. Wenn die Sowjetunion zum Beispiel ihre monatliche Produktion von 280 Panzern völlig einstelle, würde der Westen bei einer Verdreifachung seiner Panzerherstellung zehn Jahre benötigen, um die UdSSR einzuholen.

Galvin plädierte deshalb dafür, daß der Westen seine Strategie der Abschreckung, die sich zum Teil auf Atomwaffen stützt, beibehalte. Er sprach sich auch für eine Modernisierung sowohl von konventionellen als auch von Atomwaffen aus. Sowjetische Militärs gäben offen zu, daß die UdSSR ihre atomaren Kurzstreckenwaffen modernisiere. Das Verhältnis auf diesem Gebiet betrage drei zu eins zugunsten Moskaus, sagte Galvin.

Auch der SPD-Abgeordnete und Abrüstungsexperte Voigt sprach sich für eine vorsichtige Einschätzung der neuen sowjetischen Politik aus. Es sei bisher nicht klar, ob Moskau nur über das sogenannte Neue Denken reden oder auch entsprechend handeln wolle. Der Militärausschuß nahm eine Analyse Voigts an, in der der SPD-Politiker sich für eine Änderung der Militärstrategie auf beiden Seiten aussprach. Damit solle eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit hergestellt werden.



Vor der Nordatlantischen Versammlung sprach gestern in Hamburg der NATO-Oberbefehlshaber General Galvin. dpa-Bildfunk

In Analysen für die Atlantische Versammlung wird deutlich, daß der „Gorbatschow-Effekt“ der westlichen Allianz inzwischen erhebliche Sorge bereitet. Der Kremlchef personifiziere in den Augen vieler westlicher Bürger Entspannung und Abrüstung, heißt es in einem Bericht für die Versammlung über die öffentliche Meinung in den NATO-Staaten. Vor allem in der Bundesrepublik und in Skandinavien sei die atomare Abschreckung durch die große Popularität Gorbatschows noch nie so in Frage gestellt worden wie zur Zeit. Nur in den USA werde die UdSSR nach wie vor von einer Mehrheit der Bevölkerung als ernste Bedrohung angesehen.

Geheimabkommen mit den USA über Tätigkeit von NEST veröffentlicht

„Souveränität der Bundesrepublik nicht eingeschränkt“

Bonn (dpa). Das 1976 vom damaligen Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) abgeschlossene Geheimabkommen mit den USA über Zusammenarbeit zur Wiederbeschaffung verlorengegangener oder gestohlener US-Atomwaffen ist von der Zeitung „Bild am Sonntag“ veröffentlicht worden. Die SPD-Opposition hatte die Bundesregierung mehrfach aufgefordert, den Vertrag zu veröffentlichen, nachdem Spekulationen über amerikanische Späderrechte im Zusammenhang mit der Existenz einer Anti-Atomterrorgruppe (NEST) aufgekomen waren. Nach Angaben der Zeitung stellten hohe US-Stellen in Washington den Vertragstext zur Verfügung. Ein Mitglied der US-Regierung habe erklärt: „Wir wollen damit erreichen, daß die Diskussion in Deutschland beendet und klar wird, daß die nationale Souveränität in der Bundesrepublik in keinsten Weise eingeschränkt ist.“

nahmen durch die zuständigen Behörden der Bundesrepublik“ so zu handhaben, daß sie den Erfolg des Unternehmens möglichst gewährleisten.

Dem veröffentlichten Text zufolge sollen Dienststellen und Einheiten der Streitkräfte beider Staaten vorrangig gemeinsame Pläne und Verfahren zur Durchführung des Abkommens ausarbeiten. Hierbei sollen auf Veranlassung des Bundesverteidigungsministeriums auch die Polizei und andere Bundesbehörden beteiligt werden, „soweit dafür eine Notwendigkeit besteht“.

Die SPD-Opposition hat im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden des Vertragstextes die amerikanische Seite gelobt, die ein „wesentlich besseres Gespür“ als die Bundesregierung in Bonn dafür habe, wenn es notwendig werde, Dokumente zu veröffentlichen. Nicht Bonn

Ges der Beit freie Ze der „He halbes J bis zum entspre weisen tigung c Rentent B u n Bundes rung, di 17,5 Pr jährlich diens nter vergangen Rentenv dynamis zuschub Jahr 199 Milliarde 1991 ve geltende Jahr je K Milliarde ebenfall neuer G. Beiti 18,7 Pr vorgeseh sondern er bis zu 2010 auf würde c bei 22,2 liegen. Alte genen A un 63 s t hwe die Rege an, für Fr früher in weniger (60 für Sel Erwerbsu grenze ni Teilr als Teilre oder zwei in Anspru soll es e grenzen e Aus b i Ausbildung Hochschu Jahren (je zwar mit durchscha cherten. I eines Dut A r b e i losigkeit / geld oder von 1995 Beiträge s Bruttoent K i n d e borene K Kinderer rentenst dererziel tenversid Zeiten d

Knacht die Religionsmacht, eine ältere
Teil der Bevölkerung oder Partei in
Personen zu beschleichen; die Vertei-
lung u. Lösung mit allen ~~BSID~~
aktive

BSID
000008

Der Sprecher wolle ringen auf die Situa-
tion abzufragen, wie die Partei nicht
nichts ihrer Partei u. ihrem Auftreten
wichtigen können, was aber nicht nur
aber "Distinktionen" befasst, nicht
neue ^{gegenüber} ~~gegenüber~~ Meilen zum keine ernst-
hafte Gefahr abzufragen, jedoch könne die
Partei nicht so sein, als existieren
die nicht. Auch sei es schwer, aber
die Opposition vorzugeben, da man nicht
nicht einfach andersherum ~~...~~
wollen. Die Wahrheiten müssen ihre
Tätigkeit verstehen, was diese
Gründe zu verstehen. Der Sinnes
den "Distinktionen" und der
nicht nur die
nicht nur die
Partei nicht

① Die Opposition war
nur abzufragen, aber ihre
Verhalten wie gegenüber
sehr wichtig.

allein auch nicht
der Jugend (wie Teil der Jugend werden
von sozial. Gruppen negativ beeinflusst
werden).

Streit um TV-Rechte

Kommunen drohen mit dem Rotstift

Hannover (dpa) Im Millionenpoker um die Fußball-Übertragungsrechte drohen den Bundesliga-Klubs bei Annahme der 135-Millionen-Mark-Offerte der Bertelsmann-Tochter Ufa empfindliche Einnahmeverluste und ein Subventionsentzug.

„Zur Zeit schießen die Städte jeweils zwischen einer und drei Millionen Mark für die Stadien zu. Wenn große Teile der Bevölkerung von den Fußball-Berichten ausgeschlossen werden, müssen wir über höhere Mieten von den Klubs oder über eine Beteiligung an den Mehreinkünften nachdenken“, erklärte gestern Hannovers Oberbürgermeister Schmalstieg als Präsident des Deutschen Städtetages.

Von den 38 Profiklubs spielen nur der 1. FC Kaiserslautern, Bayer Leverkusen und FC St. Pauli Hamburg in vereinseigenen Stadien. „Wir haben uns in den Kommunen bemüht, dem Profisport zu helfen, und die Gemeindeordnung manches Mal recht großzügig aus-

gelegt. Eventuell müssen wir umdenken und Geschäftsunternehmen wie Geschäftsunternehmen behandeln. So wäre durchaus zu überlegen, ob wir den Gemeinden nicht durch entsprechende Empfehlung nahelegen, für die umfangreiche Tätigkeit der Polizei in Zusammenhang mit Bundesligaspielen künftig Gebühren zu erheben“, erklärte Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor.

Nach Schnoor leistete allein die Kölner Polizei in einer Saison 500 000 Stunden „Bundesliga-Dienst“.

Hamburgs Innensenator Lange erwägt bei einer Annahme der Ufa-Offerte höhere Gebühren für das Volksparkstadion, und auch Darmstadts Oberbürgermeister Metzger kündigte eine „Überprüfung der bisherigen Subventionspolitik“ an. „Eine Änderung der Benutzungsgebühren steht nicht zur Diskussion“, sagte hingegen Herbert Aupperle, Leiter des Sportamts in Stuttgart.

Mehrere SPD-Politiker forderten für die Städte eine Teilhabe am „großen Geschäft“ mit der Ufa. „Prozentual zur Sendezeit und Zuschauerzahl müssen von den Vereinen finanzielle Leistungen erbracht werden. Andernfalls stünden die Stadien den Fußballklubs nicht mehr zur Verfügung“, sagte der SPD-Medienexperte Büs-

Datenschützer

Mauschelt Bonn über Nachfolger Baumanns?

Bonn (dpa) Die Grünen im Bundestag wollen die Stellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz stärken. In einem gestern vom Parlament in erster Lesung beratenen Gesetzesentwurf fordern sie, eine eigenständige Behörde für den Datenschutzbeauftragten etwa nach dem Muster des Bundesrechnungshofs einzurichten.

Außerdem solle der Datenschutzbeauftragte vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit nach öffentlicher Anhörung im Innenausschuß gewählt werden. Der Entwurf wurde an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Zur Zeit wird der Datenschutzbeauftragte auf Vorschlag des Innenministers von der Bundesregierung benannt. Damit, so kritisierte der Grünen-Abgeordnete Gerald Häfner, werde der Kontrollleur von den zu Kontrollierenden selbst bestimmt. Der CDU-Abgeordnete Heribert Blens verwies jedoch darauf, daß der Datenschutzbeauftragte seinen Auf-

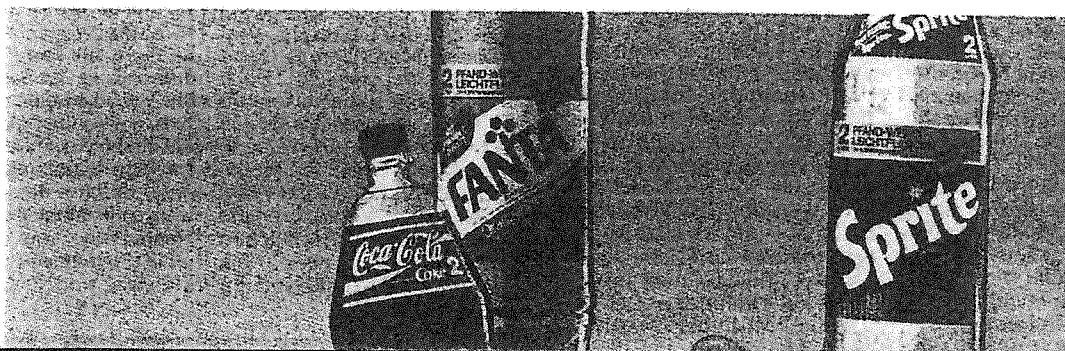
gaben auch mit diesem Benennungsverfahren voll nachkommen konnte. Wesentlicher sei seine parteipolitische Unabhängigkeit.

Nach Ansicht der SPD muß das gesamte Bundesdatenschutzgesetz novelliert werden. Der Datenschutzbeauftragte solle dann dem Wehrbeauftragten gleichgestellt werden, forderte der SPD-Abgeordnete Gerd Wartenberg. Er verwies darauf, daß der Datenschutz durch das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 Grundrechtscharakter erhalten habe. Der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch sprach sich für eine Einbindung des Parlaments in das Auswahlverfahren für den Bundesdatenschutzbeauftragten aus, hielt den Entwurf der Grünen aber für zu weitgehend.

Häfner und Wartenberg kritisierten, daß noch kein neuer Datenschutzbeauftragter benannt ist, obwohl die Amtszeit des bisherigen Beauftragten, Reinhold Baumann, am 15. Mai abgelaufen ist. Wartenberg warf der Regierung Mauschelt vor, da die Diskussion um den Nachfolger nicht öffentlich geführt wird. Baumann ist zunächst weiter geschäftsführend im Amt.

Chancen für eine Nachfolge werden in Bonn dem Stellvertretenden Leiter der Abteilung Innere Sicherheit im Bundesinnenministerium, Alfred Einwag, eingeräumt.

VIEL-LEICHT IN BERLIN



000009

BStU

werk
dpa)

Wie
„Ich
eren
ten“

Die
Bonn
— so
für
rsor-
wird
e Bo-
sten.
Mit-
n die
zur
aus-
asse

cher
sagt
nisa-
war-
mber
Ger-
angs-
n sie
eses-
den
lant.
rum,
und-

e ja
wie
inde-
e in
iben

Zusammenkunft "unabhängiger Gruppen" in Prag

Prag, 10. Dez. 88 (ADN-Korr.) - Eine von sogenannten unabhängigen Gruppen organisierte Veranstaltung hat am Sonnabendnachmittag in Prag stattgefunden, meldet CTK. Es habe sich um 1 800 Personen gehandelt, die auf einem Platz im Stadtteil Zizkov zusammenkamen. Der Agentur zufolge nutzten die Initiatoren den Tag der Menschenrechte, um in Reden und mit einigen Transparenten auf ihre Existenz aufmerksam zu machen. Die Veranstaltung war von dem für den Stadtbezirk zuständigen Nationalausschuß auf Antrag hin genehmigt worden.

(dpa) - Auf den Spruchbändern und in den Reden wurden die Freilassung politischer Häftlinge, die Verringerung der Rüstungsausgaben und

000010

Freilassung

Inhalt ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt.
- 08 -

BSU

000011

freie Wahlen gefordert. Zu den Rednern gehörten der Schriftsteller Vaclav Havel und der frühere Parlamentsabgeordnete Rudolf Battek, die beide nach 1968 mehrere Jahre im Gefängnis verbracht hatten. Die Polizei schritt nicht ein. Sie hatte aber den Wenzelsplatz weiträumig abgeriegelt, um eine eventuelle Demonstration in der Innenstadt zu verhindern. ++

681411

BSU

000012

HTA I

Abschrift!

Militärattaché
Prag

Prag, 27. Oktober 1988

Information

Am 27.10.88 umfangreiche Amnestie vorgesehen, einschließlich Strafbestand illegalen Verlassens Republik mit Ausnahme aktiv politisch gegen CSSR wirkende Personen.

überholt
Beantragte Demonstration (28.10.88) wurde durch Stadtnationalausschuß Prag 1 verboten. In Massenmedien erfolgt breite Popularisierung Bürgermeinungen, die entschiedenes Vorgehen gegen Provokationen fordern.

An geplanten Hauptaktivitäten antisozialer Kräfte ist vorgesehen:

- 28.10., voraussichtlich 16.00 Uhr Beginn, "Unabhängige Friedensbewegung" und "Demokratische Initiativen", Schweigemarsch zu Altstädter Ring;
- 28./29.10., Brno/Lany Manifestation und Kranzniederlegungen an Gräbern Stefanik/Nasaryk;
- 3.11., Prag, Tein-Kirche Kerzenprozession.

Csl.: Sicherheitskräfte sind auf zu erwartende Provokationen vorbereitet und halten weitere am 27.10. bei offizieller staatlicher Manifestation für nicht ausgeschlossen.

Vergleichen mit vorl. Mat.
Illegale Gruppierungen haben sich zu Dachverband "Bewegung für Bürgerfreiheit" zusammengeschlossen mit dem Ziel, Koordination Aktivitäten einzelner Gruppen zu erreichen. Ideologische Plattform wird mit Grundsatzdokument "Demokratie für alle" angestrebt, wurde mittels westlicher Rundfunkstationen 17. und 19.10 Stimme Amerikas und mittels gedruckter Materialien in CSSR verbreitet.

Csl.: Genossen vergleichen Bedeutung Grundsatzdokument mit *Konferenz* "Manifest der 2000 Worte" von 1968.

Programmatisches Dokument demonstriert Übergang, Ausrichtung illegaler Gruppen auf offen antisozialistische Positionen.

Manifest "Demokratie für alle" stellt Forderungskatalog in 12 Hauptpunkten auf, unter Punkt 10 Demilitarisierung werden nachstehende militärpolitische Forderungen erhoben:

- grundsätzliche Verkürzung Militärdienstes;
- Einführung von Wehrrersatzdienst;
- Senkung und Veröffentlichung Militärbudget;
- Humanisierung Wehrdienstes;
- Auflösung aller paramilitärischen Organisationen;
- Demilitarisierung Kindererziehung und des Zivillebens;
- die Anwesenheit der Zentralgruppe sei ein Relikt aus der Ära des Stalinismus. Es wurden Gespräche zum Abzug Sowjettruppen aus der CSSR gefordert. Der Marsch dieser Truppen störte das strategische Gleichgewicht und trugen zur Entstehung von eingestandenen Asymmetrien bei konventionellen Waffen und Rüstungen in Europa bei.

Dabei stehen die antisozialen Kräfte im engen Kontakt mit westlichen Botschaften (USA, BRD). Zukünftiger BRD-Botschafter in CSSR, Huber, hatte am 22.10. als Privatperson Treffen mit Vertretern illegaler Gruppierungen.

"Charta 77" hat für den 11.-13.11.88 internationales Seminar für Menschenrechte nach Prag einberufen und Einladungen an Vertreter westlicher Länder in großer Zahl übermittelt. ZK KPTsch ebenfalls durch "Charta 77" eingeladen.

Leiter USA-Delegation bei Wiener Folgetreffen KSZE bezeichnet Seminar und staatliche Reaktion darauf als Testfall für Demokratisierung in CSSR.

gez. Beutel

F.d.R.d.A.

Fiedler
Fiedler, Hptm.

ZAIG/11/1709/88 Hk
Ohne Anschreiben

MIS HA VI/AKG

Bln. 31.3.88

ZAIG

Tgb.-Nr. 469/PP

Bereich 1

Enthält Blatt

Betreff: Antisoz. Aktivitäten in der DDR

- 1. Zur Kenntnisnahme
- 2. Zur Stellungnahme
- 3. Zur weiteren Eriedigung
- 4. Zur operativen Auswertung
- 5. Zur Bestätigung/Unterschrift
- 6. Zum Verbleib
- 7. Mit der Bitte um

Bemerkung:

Leiter der AKG

000014

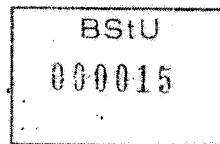
- Rückgabe
- Weiterleitung
- Rücksprache
- Anruf

Schneider

Schneider Oberst

Zutreffendes unterstreichen!

Berlin, 28. 3. 1988



Information

über feindlich-negative Aktivitäten in Bratislava

Am 25. 3. 1988, gegen 18.00 Uhr, rotteten sich ca. 400 bis 500 Personen, meist im jugendlichen Alter auf dem Platz vor dem Nationaltheater in Bratislava zusammen. Sie hatten sich vordem an Kirchen versammelt und waren danach mit Kerzen zum Platz demonstriert. Sie sangen Lieder und riefen in Sprechchören, zu dessen Inhalt keine Angaben vorliegen.

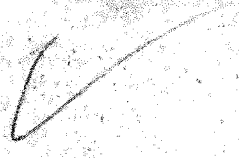
Die Miliz, ausgerüstet mit Schutzhelmen, Schild, langen Stöcken und Hunden war präsent. Zur Störung des Gesangs und der Sprechchöre wurden die Sondersignale (Sirenen) der Milizfahrzeuge eingeschaltet. Durch den Einsatz von Straßenkehrmaschinen und Sprengwagen wurde die Zusammenrottung aufgelöst, der harte Kern der Provokateure in eine Seitenstraße abgedrängt und zugeführt. Angaben zum Umfang der Zuführungen liegen nicht vor.

Gegen 19.00 Uhr war die Zusammenrottung aufgelöst.

CSSR
Material

PB

BSIU
000016



Mit dem vom Generalsekretär des ZK erstatteten Bericht des Präsidiums wurde die erste generelle Positionsbestimmung zu innen- und außenpolitischen Fragen nach dem XVII. Parteitag der KPTsch (März 1986) vorgenommen. Dieses Dokument sowie der Bericht des Vorsitzenden der SPK zum Fünfjahrplan 1986 - 90 wurden vom ZK einmütig bestätigt.

Ausgehend von den bisherigen Tendenzen der innen- und außenpolitischen Entwicklung der CSSR im Jahre 1986 sowie der Ergebnisse der Moskauer Beratung der führenden Repräsentanten der Bruderparteien der RGW-Länder zog die 4. Tagung die Schlußfolgerung, daß die CSSR alle Potenzen besitzt, um die vom Parteitag gesteckten Ziele zu erreichen.

Die dabei zugelassenen-Zeitverluste veranlaßten die Parteiführung zugleich, auf wesentlich schnellere Fortschritte, insbesondere bei der Intensivierung der Volkswirtschaft zu drängen. Auf welche Weise die geforderte "Wende im Denken und Handeln" vollzogen werden soll, wurde auch mit dieser Tagung noch nicht ausreichend deutlich.

1. Das 4. Plenum stimmte dem Fünfjahrplan 1986 - 90 zu:

Zuwachsraten in %	Ist 1981-85	Plan 1986-90
Produziertes Nationaleinkommen	11,3	19
Anteil höherer Arbeitsproduktivität am Zuwachs des Nationaleinkommens	82	92
Verfügbares Nationaleinkommen	3,1	15,9
Industrielle Warenproduktion	12,5	15,8
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	9,7	6,8
Individuelle Konsumtion	5,0	11,9

JR/86

Damit bekräftigte die Tagung ausdrücklich die Hauptkennziffern des XVII. Parteitages der KPTsch für die beschleunigte sozial-ökonomische Entwicklung der CSSR bis 1990. Klar wurden damit Versuche zurückgewiesen, das vom Parteitag beschlossene Tempo nach unten zu korrigieren. Sie hatten sich in verbreiteten

Information

über feindliche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem
70. Jahrestag der Gründung der CSR

Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der CSR planen illegale Gruppierungen folgende Aktionen:

- 28. 10. 1988 in Prag
Reden von Vertretern "Unabhängiger Friedensbewegungen"
und der "Demokratischen Initiativen",
Schweigemarsch zum Wenzelsplatz und Altstädter Ring
An den Vorbereitungen sind beteiligt:
Charta 77, Unabhängige Friedensbewegung, Demokratische
Initiative, Gesellschaft der Freunde der USA, Jazz-Sektion,
Gesellschaft T.G. Masaryk, Komitee Verteidigung ungerech-
fertigt Verurteilter
- 28. 10. 1988 in Brno
Kranzniederlegung und Manifestation am Grab M.R. Stefaniks
- 29. 10. 1988 in Lany
Kranzniederlegung und Manifestation am Grab T.G.Masaryks
- 3. 11. 1988 in Prag
Kerzenprozession
Kardinal TOMASEK erklärte am 20. 10. 1988 gegenüber dem
stellvertretenden Kulturminister der CSSR, Gen. JELINEK,
daß sich die katholische Kirche nicht an Vorbereitungen dieser
Aktionen beteiligt und nicht zur Teilnahme an ihnen aufrufen
wird.

Die wichtigsten illegalen Gruppierungen sollen sich zu dem Dachverband "Bewegung für Bürgerfreiheit" zusammengeschlossen haben. Damit soll das bisher differenzierte Auftreten einzelner Gruppen überwunden, Aktionen sollen koordiniert und der Einfluß unter der Bevölkerung erhöht werden.

Das von diesem Dachverband angenommene Grundsatzdokument "Demokratie für alle", das sowohl von den westlichen Massen-

medien als auch innerhalb der CSSR illegal verbreitet wird, kann mit dem "Manifest 2000 Worte" aus dem Jahre 1968 verglichen werden und soll den Übergang von der ideellen Ausrichtung der Gruppierungen auf offene antisozialistische Positionen mit Beseitigung der führenden Rolle der KPTsch als Kernpunkt demonstrieren. Das Grundsatzdokument geht von der Masaryk-Konzeption der Demokratie-Entwicklung aus, lehnt den Marxismus-Leninismus als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung ab, fordert Pluralismus in allen gesellschaftlichen Bereichen und ist in 12 Punkte gegliedert:

1. Demokratie-Entwicklung
2. Politischer Pluralismus
3. Neue demokratische Verfassung
4. Erneuerung der Rechtsordnung
5. Wirtschaftsreform
6. Umweltschutz
7. Freiheit des geistigen Lebens
8. Freiheit des Glaubens
9. Unabhängige Gewerkschaften
10. Demilitarisierung der Gesellschaft
11. Nationale Selbständigkeit
12. Tschechoslowakei und Europa

Vertreter des Dachverbandes stehen im engen Kontakt mit den Botschaften westlicher Staaten in der CSSR.

Mit Vertretern des Dachverbandes und Vertretern illegaler Kirchenstrukturen hat sich der vorgesehene neue Botschafter der BRD, HUBER, bereits am 22. 10. 1988 in der BRD-Botschaft getroffen.

Von der "Charta 77" wurde für den 11. - 13. 11. 1988 ein Internationales Seminar zu Menschenrechten nach Prag einberufen, zu dem eine große Anzahl Vertreter des öffentlichen Lebens westlicher Länder eingeladen wurde. Es erfolgte ebenfalls eine

offizielle Einladung an das ZK der KPTsch.
Der Leiter der USA-Delegation zum Wiener KSZE-Folgetreffen bezeichnete dieses Seminar und die zu erwartende staatliche Reaktion als einen Testfall für Demokratisierungsprozesse in der CSSR.

Die Vorbereitung der anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der CSSR geplanten staatsfeindlichen Aktionen erfolgt in enger Koordinierung mit der Botschaft der USA in der CSSR. In diesem Zusammenhang wird auch auf das vom 1. Stellvertreter des USA-Außenministers, WHITEHEAD, während seines kürzlichen CSSR-Besuchs unterbreiteten Angebots zur Meistbegünstigung der CSSR durch die USA bei Zulassung der Legalisierung oppositioneller Gruppen hingewiesen.

Das Präsidium des ZK der KPTsch übermittelte am 24.10. 1988 an alle Bezirks- und Kreissekretäre der KPTsch Fernschreiben mit Informationen über geplante Provokationen im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Gründung der CSR. Sie beinhalten den Auftrag, alle Kommunisten zu informieren und sie zu entschiedenem Auftreten in diesen Fragen zu aktivieren. Die Parteileitungen werden verpflichtet, vorbeugende Maßnahmen zu organisieren und über die Entwicklung der Situation die Zentrale aktuell zu informieren. Die Fernschreiben enthalten des weiteren den Inhalt des bereits genannten Grundsatzdokuments "Demokratie für alle". Vom Nationalausschuß Prag wurde am 20. 10. 1988 eine Verfügung über "Ruhezonen" (Stadtzentrum mit Wenzelsplatz und Altstädter Ring) erlassen, die das ausdrückliche Verbot für die Durchführung nichtgenehmigter Veranstaltungen an diesen Stellen beinhaltet.

Der Leitartikel der Zeitung "Rude Pravo" vom 22. 10. 1988 über die Bedeutung bewußter Disziplin und Ordnung bei der Vertiefung der sozialistischen Demokratie enthält die Ankündigung, daß die Sicherheitsorgane gegen alle Provokationen vorgehen werden.

4

BStU

000020

Voraussichtlich wird sich die nächste Tagung des Präsidiums des ZK der KPTsch mit dem für den 11. bis 13. 11. 1988 geplanten Internationalen Seminar zu Menschenrechten in Prag befassen.

Dazu sind seitens der Partei- und Staatsführung zwei Entscheidungsvarianten vorgesehen:

1. Verbot dieser Veranstaltung als deutliches Zeichen dafür, daß die Partei- und Staatsführung nicht gewillt ist, gegen die staatliche Ordnung und den Sozialismus gerichtete Provokationen zu tolerieren;
2. Breite Teilnahme der Organisationen der Nationalen Front der CSSR mit dem Ziel, Inhalt und Verlauf des Seminars zu bestimmen.

BSU

000021

Stand 15,00 Uhr

- Ansammlung einiger Tausend Personen auf Wenzelsplatz, diskutierende Gruppen, *4-5000 Kern*
- ab 15,00 Uhr Absperrung aller Zufahrten durch Miliz; Einsatzgruppen der Miliz mit Wasserwerfern und Hundestaffeln in Nebenstraßen konzentriert
- seit 15,00 Uhr Kontrolle und Erfassung aller Personen, die Wenzelsplatz verlassen durch Miliz
ZDF-Korrespondenten machten Reportagen
- 15.30 Uhr ca. 400 Punker wollten auf den Wenzelsplatz - durch Miliz verhindert;
Rufe "Es lebe Dubcek", "Es lebe der 1. Präsident der CSR"
- 15,40 Uhr Aufforderung durch Miliz Wenzelsplatz zu räumen
Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken
- 16,20 Uhr geschlossen eingesetzte Milizformationen mit Schlagstöcken und Schutzschildern die Hälfte des Wenzelsplatzes geräumt.
Gruppen bewegen sich in Richtung Altstädter Ring,
Dort erfolgen Zuführungen durch Miliz.

BStU

000022

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351	
Eingang:	
<input checked="" type="checkbox"/>	Gen. Minister
<input checked="" type="checkbox"/>	Generaloberst Mittag
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Großmann
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Meiber
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwanitz
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Rümmler
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel
<input type="checkbox"/>	Oberst Devaux / HA II
<input type="checkbox"/>	Oberst Tauchert / Abt. X
<input checked="" type="checkbox"/>	ZATG / ZOS

ct 201/88 . ausf.

gen. ott
 gen. sieber, zk-iv
 gen. burkhard, schutz
 gen. schwiesau, bl

von praesidiumstagung zk kptsch 12.11. im zusammenhang mit 40. jahrestag menschenrechtsdeklaration beschlossene gruendung 'ausschusz csl. oeffentlichkeit fuer menschenrechte und humanitaere zusammenarbeit' wird 10.12. auf 'forum csl. oeffentlichkeit' vollzogen. bildung ausschusz ist einzuordnen in bestrebungen kptsch, verstaerkten aktivitaeten antisozialistischer kraefte offensiv zu begegnen, ausschusz wird 60 mitglieder, davon grosse anzahl parteiloser bekannter persoenlichkeiten oeffentlichen lebens, umfassen. als vorsitzender dr. dienstloier, nuklearmediziner, vorgesehen, parteilos, 1970 als mitglied kptsch gestrichen. dienstloier ist aktives mitglied 'aerzte fuer frieden'. nicht identisch mit fruherem chartamitglied gleichen namens. ausschusz soll aktive rolle bei mobilisierung oeffentlichkeit zu teilnahme an erarbeitung, umsetzung und kontrolle staatlicher politik und konsequenter umsetzung sozialistischer rechtsordnung spielen. erwartet wird, dasz vertreter charta und anderer antisozialistischer gruppierungen versuchten werden, an gruendungsveranstaltung teilzunehmen. parteiaktivisten auf evtl. diskussionen vor tagungsgebaeude vorbereitet, zutritt zu gebaeude wird nicht gestattet. gruendungsveranstaltung wird breiteste widerspiegelung in sov. massenmedien finden.

im zusammenhang mit jahrestag hat charta 77 reihe aktionen angekuendigt. hauptaktion fuer 10.12. prager wenzelplatz vorgesehen. weitere kundgebungen fuer bratislava, brno und olomouc geplant. csl. organe erwarten teilnahme in etwa die chem umfang wie 28.10. umfangreiche vorbeugende sicherheitsmassnahmen vorgesehen, um moeglichst unmittelbare auseinandersetzungen im stadtzentrum zu umgehen. eigenstaendige aktionen reaktionaeerer vertreter katholischer kirche werden nicht ausgeschlossen.

parteiuehrung beschlosz, gegen traditionell seit mehreren jahren anfang dezember stattfindende 'gedenkmeetings' aus anlass ermordung john lennons in diesem jahr keine sicherheitskraefte einzusetzen. oeffentliches rock-gedenkkonzert 5.12. prager kulturpalast breit in massenmedien popularisiert, erstmalig mehrere sendungen mit wuerdigung leben und politischer haltung lennons in csl. rundfunk ausga-

BStU

000023

- 2 -

strahlt. fuer 8.12. durchfuehrung rock-konzert auf oeffent-
lichem platz in naehe franzoesischer botschaft genehmigt.
als reaktion auf die von charta fuer jeden 4. sonnabend
im monat angekueendigten diskussionsrunden auf wenzel-
platz vorgesehen, oeffentlichen platz ausserhalb zentrums
zur verfuegung zu stellen.

ziebart
08.12.

BSTU
000024

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351	
Eingang: 11.11.88	
<input checked="" type="checkbox"/>	Gen. Minister
<input type="checkbox"/>	Generaloberst Mittag
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Großmann
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Neiber
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwantz
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Rümmler
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel
<input type="checkbox"/>	Oberst Devaux
<input type="checkbox"/>	Oberst Tauchert
<input checked="" type="checkbox"/>	ZAIG
	HA II
	Abt. X
	ZOS

Prag
Hagen 69
Beitrag

prag normal

ct 189/88 . ausf.

gen. hermann axen
gen. ott
gen. sieber, zk-iv
gen. schwiesau, bl

*also ADN-Neidung
bestätigt.*

antisozialistische kräfte versuchten 11.11. durch zusammen-
kunft in einem prager restaurant eine ständige institution
unter dem namen 'tschechoslowakische helsinki-gruppe' zu
bilden. versammlung wurde aufgelöst, vaclav havel, der
sich als sprecher zu produzieren versuchte, verhaftet.
kurz darauf hat der ehemalige auszenminister der nieder-
lande, van der stoel, zu einem briefing in die botschaft der
niederlande eingeladen. an dieser veranstaltung haben auch
eine reihe von nato-botschaftern teilgenommen, die hollaendischer
botschafter von einer diplomatischen veranstaltung in seine
botschaft mitnahm. botschafter italiens und geschaeftstraeger
der brd sind der aufforderung des hollaendischen botschafters,
die nato-botschafter mechten geschlossen an den briefing
teilnehmen, nicht gefolgt.
osl. genossen rechnen mit anti-össr-ausfaellen in westlicher
presse.

ziebart
11.11.

Handwritten notes:
Prag
normal

BSU
000025

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 3511

Eingang: 0 4. 11. 80

<input type="checkbox"/>	Gen. Minister	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generaloberst Mittig	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Grobmann	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Heiber	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwanitz	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Rümmler	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel	
	Oberst Devaux	HA II
	Oberst Jauchert	Abt. X
<input checked="" type="checkbox"/>	ZAIG	ZOS

120/88

gen. ott
gen. sieber, zk-iv
gen. schwiesau, bl
gen. burkert, schutz

fuer 3.11. durch illegale gruppierungen angekuendigte kerzen-
prozession auf altstaedter ring prag fand nicht statt.
ausgangspunkt sollte messe in tyn-kirche sein. kirche war
gesamten tag geschlossen, am nachmittag war handgeschriebener
zeitel an portal mit aufschrift 'heilige messe wegen ploetz-
licher unpaeszlichkeit abgesagt!' angebracht. ist offensichtlich
reaktion auf gespraechen staatsorgane - kardinal tomasek, der
dabei zum ausdruck brachte, dass kirche sich nicht an anti-
sozialistischen aktionen um 70. jahrestag csr beteiligen
wird.

im verlauf nachmittag verstaerkte kontrolltaetigkeit csf. sicher-
heitskraefte in zivil in gebiet altstaedter ring.
unsererseits keinerlei personenansammlungen registriert.

ziebart
04.11.

BStU

000026

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351

Eingang: 04.11.88

<input type="checkbox"/>	Gen. Minister	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Mittig	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Großmann	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Neiber	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwanitz	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Rümmler	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel	
<input checked="" type="checkbox"/>	Oberst Devaux	<input checked="" type="checkbox"/> HA II
<input checked="" type="checkbox"/>	Oberst Tauchert	<input checked="" type="checkbox"/> Abt. X
<input checked="" type="checkbox"/>	ZAIG	<input checked="" type="checkbox"/> ZOS

*Gen. Hertenberg
Wien
Prag
beabsichtigt*

blitz

ct 186/88 . ausf.

gen. axen
gen. ott
gen. sieber, zk-iv
gen. schwiesau, bl

*Gen. Othel
Tannböck*

*für Lehr. DDR-
Lehr. Reiseperson
verfügt können
nicht teilnehmen können*

zu beabsichtigtem seminar antisozialistischer kraefte
 11.-13.11.88 in prag informierte fmaa 3.11. csl. botschafter
 in europaeischen hauptstaedten, dasz o.g. seminar antistaat-
 lichen charakter trage und daher von zustaendigen organen
 nicht zugelassen wird. visa-antraege, die auf entsprechende
 einladung zu seminar bezug nehmen, werden abgelehnt werden.
 wenn sich eingeladene vertreter westlicher organisationen
 an csl. av's mit bitte um ausstellung touristenvisa wenden,
 wird erkluert werden, dasz es sich um unfreundlichen akt
 handle, der nicht zur entwicklung beziehungungen beitraegt.
 es wird darauf hingewiesen werden, dasz 'touristen', die
 an o.g. seminar teilnehmen sollten, persoendlich verantwortung
 zu tragen haetten fuer konsequenzen.
 bekannle einladungen: vertreter igm frankfurt/main,
 van der stoel (ehem. am) niederlande, prof. ungari (italien),
 fuerst schwarzenberg (oesterreich) und jankowitzsch (ehem.
 oesterr. parlamentspraesident), sacharow, udssr.

ziebart
04.11.

Hauptabteilung VI
- OLZ -

Operative Information 696/88

Berlin, 29. 10. 1988

über die Ergebnisse der an den Grenzübergangsstellen der DDR zur CSSR sowie am Flughafen Schönefeld eingeleiteten Kontroll-, Überwachungs-, Fahndungs- und Filtrierungsmaßnahmen sowie über die Lage in Prag am 28. 10. 1988

Im Zusammenhang mit der Unterbindung der Teilnahme feindlich-negativer Kräfte aus der DDR an Gegendemonstrationen aus Anlaß des 70. Jahrestages der Gründung der Tschechoslowakischen Republik wurde in Durchsetzung bestehender Fahndungsersuchen eine aktionsbezogene Reisesperre realisiert.
Im Ergebnis der Filtrierung wurden keine Feststellungen hinsichtlich möglicher Teilnehmer an Gegendemonstrationen getroffen.

Durch die Operativgruppe des MFS in der CSSR wurde zur Lage in Prag am 28. 10. 1988 informiert:

- Gegen 15.00 Uhr hielten sich auf dem Wenzelsplatz ca. 4 000 bis 5 000 feindlich-negative Personen, zuzüglich mehrere tausend Schaulustige und Sensationslüsterne, auf; Diskussionen in Gruppen.
Das ZDF führte Filmaufnahmen und Reportagen durch.
Die Zufahrtsstraßen zum Wenzelsplatz wurden gesperrt.
Personen, die den Wenzelsplatz verließen, wurden personell erfaßt.
An den Zufahrtsstraßen zum Wenzelsplatz sind Milizreserven stationiert (Wasserwerfer, Hundestaffeln).
- Gegen 15.30 Uhr wurde ca. 400 Punkern (CSSR-Bürger) der Zutritt zum Wenzelsplatz verwehrt.
Sprechchor der Punker: "Hoch lebe DUBCEK und MASARYK"
- Gegen 15.45 Uhr - Aufforderung der Miliz zum Verlassen des Wenzelsplatzes.
Anschließend Einsatz von Wasserwerfern und Formationen der Miliz, die mit Schutzschilden, Helmen und Schlagstöcken ausgerüstet waren.
- Gegen 16.20 Uhr - Wenzelsplatz zur Hälfte geräumt, die abgedrängten Personen begaben sich zum Altstädter Ring. Die Miliz nahm Zuführungen und vorläufige Festnahmen vor.

730000

1988

Gen. Oehel H.M. pden

- Gegen 18.00 Uhr - Altstadt Ring und Zufahrtsstraßen zur Prager Burg sind durch Milizkräfte abgeriegelt, es erfolgen weitere Zuführungen.
- Gegen 19.30 Uhr waren auf dem Wenzelsplatz und am Altstädter Ring keine Personenansammlungen mehr festzustellen.

Nachdem die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt waren, wurden die Sperrzonen aufgehoben und die Milizkräfte, bis auf Streifenposten, abgezogen.

Der ZOS, die HA XX und die Abteilung X des MfS wurden informiert.

Verteiler

Generaloberst MITTIG
Generalleutnant WEIBER
Generalleutnant SCHWANITZ
Generalleutnant IRMLER
Generalmajor CARLSOHN
Leiter der Hauptabteilung VI

BSU
000028

Eingang: 20.10.		
<input checked="" type="checkbox"/>	Gen. Minister	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generaloberst Mittag	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Grobmann	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Neiber	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwanitz	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Rümmler	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel	
<input checked="" type="checkbox"/>	Oberst Devaux	<input checked="" type="checkbox"/> HA II
<input checked="" type="checkbox"/>	Oberst Tauchert	<input checked="" type="checkbox"/> Abt. X
<input checked="" type="checkbox"/>	ZATG	<input checked="" type="checkbox"/> ZOS

BStU
 000029

Heiler
 prag blitz-n
119/88

- gen. hermann axen
- gen. ott
- gen. sieber, zk-iv
- gen. schwiesau, bl
- gen. burkert, schutz

zustellung 29.10. mit erster telegrammrunde

sicherheitskraefte hatten 28.10. in erwartung angekueundigter demonstration verschiedener oppositioneller gruppierungen wenzel und altstaedter ring demonstrativ abgesichert durch auffahrt von wasserwerfern der feuerwehr, kontrollposten an nebenstrassen und metroeingaengen, die verstaerkte ausweiskontrollen durchfuehrten.

am vormittag wenzel und altstaedter ring leer. nachmittags ansammlung verschiedener gruppen auf wenzel. zustrom vieler schaulustiger.

14.45 uhr schaeatzungsweise insgesamt 4.000-5.000 personen, zu diesem zeitpunkt begannen einatzkraefte gegen ansammlung vorzugehen. dabei wurden auch raemungskellen der polizei mit schlagstoecken und hundern sowie wasserwerfern eingesetzt.

teil der demonstranten verzog sich daraufhin zum altstaedter ring, um dort weiter zu demonstrieren, unter ihnen ca. 400-500 punker. leisteten sicherheitskraeften widerstand und versuchten sich wiederholt zu formieren. demonstranten riefen losungen wie 'hoch lebe dubcek!', 'es lebe die charia 77' und 'wir siegen doch'.

zahl, ard und fernsichtteams aus anderen westlichen laendern filmten gesamen tag an verschiedenen stellen, darunter auch o.g. einatz sicherheitskraefte sowie kranzniederlegung durch usa-botschafter am grab masaryks in begleitung dessen enkeltochter.

unter anwesenden auf wenzel auffallend viele italiener und spanier, aehnlich wie waehrend diesbezueglicher provokationen 20. jahres tag augustereignisse.

unter schaulustigen, die sich am mittleren teil des wenzel sammelten, vereinzelt auch die tauchert, die sich andere uaherstehende, aufforderungen polizei den platz zu raemern, folgten.

ziebart
 29.10.

Handwritten notes:
für
A-6
Kern
Coffel

BStU
000030



HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351
Eingang: 26.09.88

Gen. Minister	
Generalmajor Mittag	
Generalleutnant Grobmann	
Generalleutnant Neiber	
Generalleutnant Schwantitz	
Generalmajor Rümmler	
Generalleutnant Jänicke	
Generalmajor Geyer	
Generalmajor Prosetzky	
Generalmajor Vogel	
Oberst Devaux	HA II
Oberst Tauchert	Abt. X
ZAIG	ZOS

prag blitz
ct 170/88 ausf.
gen. ott
gen. sieber, zk-iv
gen. vogel, konsular
gen. schwiesau, bl

bei ansammlung auf wenzelplatz am 24.9. ab 18.00 bis ca. 19.30 uhr handelt es sich um die während der demonstration am 21.8.88 angekündigte zusammenkunft, die jeden letzten sonntag im monat stattfinden soll. harter kern der gruppierung vom 24.9. betrug 15 bis 20 junge leute, die kurze reden hielten. zuwachs wuchs auf 300 bis 1000 personen an. 47 wurden auf milizreviere zugeführt. keine ddr-buenger.

ziebart
26.9.

Ohne Anschreiben	
MfS HA XX/	AKG BStU Berlin 23.8.88
ZAIG	000031 Tgb.-Nr. 1722288
Bereich 1	Enthält Blatt
Betreff: Erklär. Unabhängige Friedens-	
vereinigung	
1. Zur Kenntnisnahme	Bemerkung:
2. Zur Stellungnahme	
3. Zur weiteren Erledigung	
4. Zur operativen Auswertung	
5. Zur Bestätigung: Unterschrift	
6. Zum Verbleib	
7. Mit der Bitte um	
Rückgabe	
Weiterleitung	
Rücksprache	
Anruf	
Zutreffendes unterstreichen!	

Handwritten initials

381

Handwritten signature

Oberstleutnant

Bv. 1

lo

Unterschrift

Richter noch nicht bekannt *Rüth* *Sc* *4-116* *88*

BStU
000032

718263/1

Übersetzung aus dem Tschechischen

4116 4240/88

Erklärung der Unabhängigen Friedensvereinigung - Initiative
zur Entmilitarisierung der Gesellschaft

Ein Leben in Frieden ist ein Grundrecht des Menschen. Durch die Beseitigung der Waffen wird jedoch weder der Frieden wirklich gesichert noch seine Beständigkeit garantiert. Es ist die Aufgabe eines jeden Volkes, die inneren Voraussetzungen für einen waffenlosen Zustand zu schaffen. An dieser Aufgabe müssen alle Bürger mitwirken.

Die Unterzeichnung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Beseitigung der in Europa stationierten Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite und die Bereitschaft der Repräsentanten der beiden Supergroßmächte, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, erweckte in uns die neue Hoffnung, daß es der Geschichte der Menschheit nicht vorherbestimmt ist, in ein atomares Inferno zu münden.

Dieser neue Aspekt in der Weltgeschichte läßt Freude aufkommen. Wir verstehen dies jedoch nicht als Entlastung, sondern im Gegenteil als Ansporn zu neuer Arbeit. Die Fragen des Friedens und der friedlichen Zukunft unseres Planeten sind nicht nur Sache der beiden Supergroßmächte, ihrer Repräsentanten und Völker, sondern gehen jeden Bürger eines jeden Staates an.

Das, was für alle anderen Fragen des gesellschaftlichen Lebens gilt, gilt voll und ganz auch für die Frage des Friedens. Der Frieden ist Sache eines jeden Menschen, und zwar insbesondere in dem Sinne, daß er nicht erst auf höchster Ebene beginnt und hier entschieden wird, sondern auf jeden einzelnen, jede Familie

sind daher, das Wissen und Verständnis durch Offenheit
 eines Volkes sowie der Willen untereinander zu handeln.
 schaft zweck und so das friedliche Zusammenleben innerhalb
 wissen, das jeden Verstand von Verstand herliche Bindung
 - Wir sind für Offenheit in allen Lebensbereichen, denn die
 sich insbesondere in folgenden Richtungen ergreifen wollen:
 Die Unabhängige Friedensvereinigung verbindet Menschen, die
 nicht an die Struktur eines Funktionensystems gebunden sind
 Friedensinitiativen auch eine initiale Bewegung ist, die
 sich weiter aus dem Bewußtsein heraus, das neben den anderen
 Die Unabhängige Friedensvereinigung entstand und kommt
 solchen Frieden etwas zum Willen.
 bedeutet die Anwendung der Kräfte, jeder, der für einen
 Möglichkeiten ein jeder anzuheben, für den Frieden mehr
 versteht. Dieses Gemeinschaft kann sich entsprechend zeigen
 Will und ist, sondern die Hoffnung auf ein vollständiges Leben
 politisches, Ideologisches oder religiöses System gebunden sein
 verstehen? Es handelt sich um eine Gemeinschaft, die ein Leben
 Richtung zu einer friedlichen und persönlichen Engagement
 Verlegung innerhalb der Weltgeschichte als Anfang und Ver-
 Genen Volke nicht Gleichheit ist, die die politische Kräfte
 von Menschen her, denen die Zukunft der Menschheit und der ei-
 Organisationsstruktur, sondern stellt eine lokale Gemeinschaft
 Die Unabhängige Friedensvereinigung besitzt keine feste
 der Willen für den Frieden weitreichende Folgen nach sich zieht.
 Menschen ein breiter Beteiligungsfeld bietet, und hoffen, das
 zeigt, das sich hier die friedliche Arbeit eines jeden
 von jeder Stadt und jedem Staat ausgehen muß. Wir sind über-
 baut, bei den zwischenmenschlichen Beziehungen dringlich und

00000
 BStU

718263/2

internationalen Verträgen und die Abrüstung beschleunigt werden
 sollen. Alle Schritte unterbreiten, die auf eine Stärkung der
 Bemühungen um eine verminderte atomare Bedrohung von Kontinente
 und der Verträge unter dem Atomwaffenabkommen. Wir wollen eine
 Wir sind für Verhandlungen auf allen Ebenen, die die Stabilität
 Menschen die Möglichkeit eines Kräftegleichgewichts zu finden.
 müssen. Jeder Staat sollte seinen Interessen vorziehen, die solche
 dieser Haltung wegen vor gerichtlichen Tribunalen erschoben
 Streitigkeiten abzuwehren, und sind bereit, das Menschen
 auch das Recht eines jeden einzulösen, den Dienst bei dem
 und einer ebnen, in solchen Sache zu dienen. Wir erkennen
 Uebel, das eher das Gefühl hervorruft, einbezogen zu sein
 als ehrenvolle Pflicht zu verstehen und nicht als notwendige
 es dem Bürger ermöglichen, den Dienst in den Streitkräften
 tion des Lebens in der Armeesolche Bedingungen schaffen, die
 Wir treten dafür ein, daß die Konventionen und die Organisation
 kett der Kasernen werden.
 Armees, von kulturellen und künstlerischen Werten die zur Aufre-
 der Erziehung in den Schulen bis hin zur Teilnahme in der
 das menschliche Leben mitzubringen, und zwar in allen Bereichen der
 auf die Achtung vor dem Leben und allen Werten gründend, die
 Wir treten dafür ein, daß Erziehung, Kultur und Politik sich
 Beziehung zu einem ethischen Fundament erheben.
 anderen Lesern als praktische Beispiele betrachten und diese
 einzuwirken. Wir lehnen Ideologien ab, die die Angehörigen eines
 Wir wollen für die Überwindung der "abgegrenzten" Beziehung
 Diskussion wird.
 Mittelproblematik Gegenstand einer offenen öffentlichen
 überwunden werden. Wir wollen dafür einwirken, daß auch die

718262/3
 000034
 BSI

718263/4

Diesen Brief schicken wir an
den Präsidenten der ČSR
die Föderative Versammlung der ČSR
die Regierung der ČSR
den Tschechischen Nationalrat
die Regierung der ČSR
das ZK der KPČech
den Generalsekretär des ZK der KPČech
den Tschechischen Friedensrat
die Christliche Friedenskonferenz
Pacem in terris
Kardinal František Tomášek
den Synodalrat der Tschechisch-brüderlichen evangelischen Kirche
den Zentralrat der Tschechoslowakischen Hussitenkirche
ČTK
das Tschechoslowakische Fernsehen, Redaktion Aktuelles
die Redaktion des Rudš právo
AFP
ausländische Friedensorganisationen

Prag, den 16. April 1988

Whitehouse Norman
A. T. H. G. G.

FMdI der CSSR

Übersetzung aus dem Tschechischen

STRENG GEHEIM!

Unabhängige Friedensvereinigung - Anforderung

Anfang April 1988 begann sich im Rahmen der sogenannten parallelen Strukturen im Jugendbereich die Unabhängige Friedensvereinigung, eine Initiative für die Entmilitarisierung der Gesellschaft, zu formieren.

Es handelt sich um eine illegale Gruppierung, deren programmatische Erklärungen, die Probleme der Ablehnung des Grundwehrdienstes und seine generelle Verkürzung sowie die Schaffung innenpolitischer Spannungen durch die tendenziöse Verwendung der Begriffe Humanismus und Demokratie und durch die offene Ablehnung der Ideologie des Marxismus-Leninismus betreffen, für einen Teil der politisch unreifen jungen Generation anziehend sind. Die eigentliche gesellschaftsfeindliche Tätigkeit wird konspirativ entwickelt, nach außen maskiert mit verschiedenen Erklärungen und Bulletins. Man versucht, auch im internationalen Bereich Fuß zu fassen und die Tätigkeit zu internationalisieren. Außer der UdSSR, der VRP und der DDR ist das Interesse auf ähnliche Organisationen in kapitalistischen Staaten und Zentren der PID orientiert, um materielle, finanzielle und moralische Unterstützung zu erlangen.

Die erste Aktion der Unabhängigen Friedensvereinigung war die solidarische Unterstützung in Form eines Hungerstreiks für den Wehrdienstverweigerer [redacted] in der VRP. Gegenwärtig wurde bekannt, daß die Anhänger der Unabhängigen Friedensvereinigung und Mitglieder ihres Ausschusses

46 [redacted]
geb. [redacted]
wh.: Praha 3, [redacted]

48 [redacted]
geb. [redacted]
wh.: Praha 9, [redacted]

49 [redacted]
geb. [redacted]
wh.: Praha 6, [redacted]

49 [redacted]
geb. [redacted]
wh.: Praha 6, [redacted]

49 [redacted]
geb. [redacted]
wh.: Praha 8, [redacted]

DR [REDACTED]
geb. [REDACTED]
wh.: Praha 4, [REDACTED]

W. u. VSH-D [REDACTED]
geb. [REDACTED]
wh.: Praha 6, [REDACTED]

NR [REDACTED]
geb. [REDACTED]
wh.: Praha 1, [REDACTED]

unter Mißbrauch des Transite durch die DDR nach Krakow reisen wollen, wo im September 1988 ein Seminar der "Solidarnosc" stattfinden soll.

In diesem Zusammenhang wird um ein enges Zusammenwirken mit dem Ziel gebeten, den Informationsaustausch zu gewährleisten und Maßnahmen zu den genannten CSSR-Bürgern einzuleiten, die der Unabhängigen Friedensvereinigung angehören und unerwünschte Aktivitäten auf dem Territorium der DDR entwickeln.

Obers.: *Kat. 04*
2 Ex.

BSU
000028

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351
Eingang: 22.08.88

<input checked="" type="checkbox"/>	Gen. Minister	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Mittig	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Grobmann	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Neiber	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwanzitz	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Rümmler	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel	
<input type="checkbox"/>	Oberst Devaux	HA II
<input type="checkbox"/>	Oberst Taucner	Abt. X
<input checked="" type="checkbox"/>	ZAIG	ZOS

Pa. [Signature]

blitz

cl 147/88 . ausf.

genosse erich honecker

zu anisozialistischen demonstationen 21.8.88 in prag:
entsprechend aufrufen ueber westliche rundfunkstationen
und flugblattaktionen begannen sich gegen 17.30 uhr
auf wenzelplatz demonstranten zu versammeln. harter
kern von ca. 200 personen setzte sich vorwiegend aus
jugendlichen zusammen. bekannte vertreter von charta da-
runter nicht vertreten.
csf. sicherheitskraefte nahmen umfangreiche personalfest-
stellungen vor. zusammenrottung wuchs nach eigenen
schaetzungen mit passanten und zuschauern auf ca. 3000
personen an. gegen 19.30 uhr ueber altstaedter ring
in richtung karlsbruecke. es wurde csf. nationalfahne
geschwenkt und losungen skandiert wie: 'tschechen schlieszt
euch an', 'es lebe dubcek', 'rausz mit den okkupanten',
'freiheit'.
auffallend, dasz zdf zusammenrottung von anbeginn filmte.
die tatsache wurde in kurzem bildbericht in abendnach-
richten csf. fernsehens besonders herausgestellt.
csf. sicherheitskraefte schritten direkt nicht ein. hielten
durch groszflaechige sicherungsmasnahmen und demonstrative
praesenz geschehen unter kontrolle. dabei offensichtlich
vorlaeufige festnahmen mit gedecktem abtransport (kranken-
wagen).
ansammlung wurde durch sicherheitskraefte aus stadtkern
abgedraengt und ordnung durch verkehrstechnische masnahmen
und einsatz polizei sowie sicherheitskraefte gewaehrleistet.

gegenueber botschaft ddr keine aktivitaeten.

in bratislava bis 22.00 uhr keine demonstationen. wie in
prag und mehreren staedten, darunter uesti, seit freitag
kleinere flugblattaktionen mit aufforderung chartisten
zu unterstuetzen, hilfsmasnahmen von 1968 zu verurteilen
und abzug sowjetischer truppen zu fordern.

ausfuehrliche gesameinschaetzung folgt nach gespraechen
mit csf. genossen.

kalusche
21.8., 23.55

Handwritten signature/initials

BSU
000039

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351	
Eingang: 22.08.88	
<input checked="" type="checkbox"/>	Gen. Minister
<input type="checkbox"/>	Generaloberst Mittag
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Grobmann
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Meiber
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwanitz
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Rummier
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel
<input type="checkbox"/>	Oberst Devaux
<input type="checkbox"/>	Oberst Tauchert
<input checked="" type="checkbox"/>	ZAIG
<input type="checkbox"/>	HA II
<input type="checkbox"/>	Abt. X
<input type="checkbox"/>	ZOS

prag blitz

ct 148/88 . ausf.

gen. krolkowski
gen. sieber, zk-iv

uebermittelten heute nacht an gen. erich honecker folgendes
erstes informationstelegramm ueber vorgaenge am 21.8. in prag:

zu antisozialistischen demonstrationen 21.8.88 in prag:
entsprechend aufrufen ueber westliche rundfunkstationen
und flugblattaktionen begannen sich gegen 17.30 uhr
auf wenzelplatz demonstranten zu versammeln. harter
kern von ca. 200 personen setzte sich vorwiegend aus
jugendlichen zusammen. bekannte vertreter von charta da-
runter nicht vertreten.
csf. sicherheitskraefte nahmen umfangreiche personalfest-
stellungen vor. zusammenrottung wuchs nach eigenen
schaetzungen mit passanten und zuschauern auf ca. 3000
personen an. gegen 19.30 uhr ueber altstaedter ring
in richtung karlsbruecke. es wurde csf. nationalfahne
geschwenkt und losungen skandiert wie: 'tschechen schlieszt
euch an', 'es lebe dubcek', 'rausz mit den okkupanten',
'freiheit'.
auffallend, dasz zdf zusammenrottung von anbeginn filmte.
die tatsache wurde in kurzem bildbericht in abendnach-
richten csf. fernsehens besonders herausgestellt.
csf. sicherheitskraefte schritten direkt nicht ein. hielten
durch groszflaechige sicherungsmasnahmen und demonstrative
praesenz geschehen unter kontrolle. dabei offensichtlich
vorlaeufige festnahmen mit gedecktem abtransport (kranken-
wagen).
ansammlung wurde durch sicherheitskraefte aus stadtkern
abgedraengt und ordnung durch verkehrstechnische masnahmen
und einsatz polizei sowie sicherheitskraefte gewaehrleistet.

gegenueber botschaft ddr keine aktivitaeten.

in bratislava bis 22.00 uhr keine demonstrationen. wie in
prag und mehreren staedten, darunter usti, seit freitag
kleinere flugblattaktionen mit aufforderung chartisten
zu unterstuetzen, hilfsmasnahmen von 1968 zu verurteilen
und abzug sowjetischer truppen zu fordern.

ausfuehrliche gesamteinschaetzung folgt nach gespraechen
mit csf. genossen.

ziebart
21.8.

fr. Oetzel
fr. Tammhause

prag blitz

vdt 207/87

gen. dr. krolkowski
gen. sieber, zk iv
gen. schwiesau, abt. bl

BSU
000040

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351		
Eingang: 11. 12. 87.		
<input type="checkbox"/>	Gen. Minister	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generaloberst Mittag	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Grobmann	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Weiber	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwantiz	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Rummier	
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Jänicke	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Geyer	
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky	
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel	
<input type="checkbox"/>	Oberst Devaux	HA II
<input type="checkbox"/>	Oberst Jauchert	Abt. X
<input checked="" type="checkbox"/>	ZAIG	ZOS

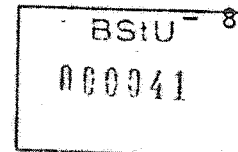
10.12. versammelten sich zwischen 17.00 uhr und 21.00 uhr insgesamt ca. 3000 personen vor husz-denkmal auf altstaedter ring. vereinzelt transparente mit allgemeinen menschenrechts- und abruestungsforderungen. csl. sicherheitsorgane hatten bereits seit 8.12. verstaerkte sicherungsmaßnahmen eingeleitet. am 10.12. wurden 37 personen zustaendigen milizorganen zeitweilig zugeführt. handelte sich ausschliesslich um charta-anhaenger. nach bisherigem ueberblick csl. organe an ansammlung auf altstaedter ring keine ddr-buerger beteiligt. westliche korrespondenten fertigten video-aufnahmen an. ansammlung hatte vorwiegend charakter einer schweigedemonstration. versuchte ansprachen wurden durch uebertragung von weihnachtsmusik und boehmischer blasmusik verhindert.

ziebart
11.12.

*Suprapolitische Informationsdienst
überblick der HV A 1/1*

Nr. 45187 v. 23.11.87

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Pläne antikommunistischer Kräfte der Alternativen Liste Westber-
lins gegen die sozialistischen Staaten

Nach zuverlässigen Angaben planen antikommunistische Kreise der "Initiative Ost-West-Dialog" um [REDACTED] und [REDACTED] am 21./22. Mai 1988 in Westberlin ein internationales Diskussionsforum zum 20. Jahrestag der konterrevolutionären Ereignisse von 1968 in der CSSR. An dieser Veranstaltung sollen auch feindlich-negative Kräfte aus den sozialistischen Ländern teilnehmen. Im Sinne der "blockübergreifenden Bewegung" sollen unter dem Motto "Der Prager Frühling und Europa" die Bedeutung dieser Ereignisse aus heutiger Sicht, die Zusammenarbeit der "Charta 77" mit oppositionellen Gruppierungen in den sozialistischen Staaten und mögliche Auswirkungen des Umgestaltungsprozesses in der UdSSR auf die CSSR, VRP und DDR erörtert werden. Als Hauptträger dieser Veranstaltung wird das "Netzwerk Ost-West-Dialog" fungieren, dem neben den Mitgliedern der obengenannten Initiative antisozialistische Kräfte aus westeuropäischen Ländern angehören.